

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

40. Jahrgang / 43

4. März 1985

Jürgen Schmude MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, wirft dem Kanzler vor, ein weiteres Mal politisch und moralisch zu versagen. Seite 1

Egon Lutz MdB zu den Arbeitsmarktzahlen des Februars: Das ganze Ausmaß der Beschäftigungskatastrophe wird sichtbar. Seite 3

Ludwig Hettling MdB wirft der Bundesregierung vor, sich in der Frage des Ausflagens gegen die Seeleute zu stellen. Seite 5

Anke Martiny MdB analysiert die Vorbereitungen und Vorstellungen für die 750-Jahrfeier von Berlin. Seite 7

Bei der "Auschwitz-Lüge" droht unserem Land eine moralische Niederlage

Zur Behandlung des 21. Strafrechtsänderungsgesetzes durch CDU/CSU und FDP

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die verleumderischen Verharmloser werden immer dreister. Durch die Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords an den Juden soll das Verbrechen verharmlost, sollen die Täter nachträglich gerechtfertigt werden. Nicht nur für die Hinterbliebenen der Opfer bedeutet das Hohn und Kränkung. Es ist auch eine Beleidigung des Rechtsbewußtseins der Bürger und eine Störung des öffentlichen Friedens.

Wie wollen Bundesregierung und Regierungskoalition es am 8. Mai verantworten, daß auch im vierzigsten Jahr nach dem Kriegsende das strafrechtliche Verbot der "Auschwitz-Lüge" nicht zustande kommt! Daß es erforderlich ist, hat die Bundesregierung durch die Einbringung des Gesetzesentwurfs vor fast zwei Jahren bekundet. Sie muß nun auch für seine Annahme sorgen.

Die Erfassung des Sachverhalts und die Bestrafung der Täter wären für die Gerichte kein Problem. Auf Antrag eines Betroffenen, eines Hinterbliebenen zum Beispiel, wird die Leugnung des Völkermords an Juden schon heute bestraft. Es darf aber nicht dabei bleiben, daß man den Hinterbliebenen der Opfer die Aufgabe zuschiebt, für die Bestrafung derer zu sorgen, die die Opfer heute noch verhöhnen. Und es darf sich nicht wiederholen, daß - wie kürzlich in Celle - ein Täter freigesprochen werden muß, weil der Antragsteller nicht Betroffener im engeren Sinne ist.

Der Völkermord an den Juden ist von Historikern eindeutig festgestellt worden. Das Verbrechen ist auch gerichtsnotorisch; in zahlreichen Fällen hat die Feststellung



Strafurteilen zugrunde gelegen. Stellungnahmen, die das Bundesjustizministerium 1982 bei Landesjustizverwaltungen, beim Bundesgerichtshof und beim Generalbundesanwalt eingeholt hat, haben bestätigt, daß die Anwendung des Gesetzes ohne weiteres möglich sein wird.

Diese Stellungnahmen haben aber auch gezeigt, daß jede Erweiterung der Strafdrohung zerstörerisch wirken würde. Sonstige Völkermorde zum Beispiel sind nicht durch ständige Rechtsprechung festgestellt worden. Wer ihre Verharmlosung oder Leugnung ebenfalls unter Strafe stellen will, überfordert Staatsanwaltschaften und Gerichte. Er riskiert die Rechtsunwirksamkeit des Gesetzes, weil mangels Klärung der Voraussetzungen die Strafdrohung nicht bestimmt genug ist. Da noch "Vertreibungsverbrechen" einzubeziehen, würde den Gerichten die Anwendung des Gesetzes völlig unmöglich machen. Diese Forderung aus der CDU/CSU läßt einen schlimmen Verlust der Maßstäbe und Bereitschaft zum rücksichtslosen Umgang mit der eigenen Vergangenheit erkennen. Denn kein Vertreibungsverbrechen kann auch nur entfernt mit dem kaltblütig geplanten Massenmord an Juden verglichen werden.

Die Aufrichtigkeit der Erweiterungsforderung ist mehr als zweifelhaft. Den Urhebern kann nicht unklar sein, daß sie das Gesetzesvorhaben damit zum Scheitern bringen würden. Viele, Franz-Josef Strauß an der Spitze, vertreten offen dieses Ziel. Dann sollen sie es auch offen ansteuern, statt auf Umwegen die neue Strafvorschrift zu torpedieren.

Der Bundeskanzler versagt ein weiteres Mal vor der Pflicht, politisch und moralisch das richtige Zeichen zu setzen. Dabei ist er mit dem Gesetzentwurf längst im Wort und kann bei diesem Verfahrensstand nicht zurück. Auch eine Abschwächung der Strafdrohung, die schändliche Propagandareden in öffentlicher Veranstaltung straflos ließe und nur die durch Druckwerke oder über den Rundfunk verbreitete "Auschwitz-Lüge" erfassen würde, wäre kein Ausweg.

Ein Scheitern des Gesetzentwurfs wäre für das Ansehen von Bundesregierung und Bundestag eine Katastrophe. Es wäre eine moralische Niederlage, an der rechtzeitig vor dem 8. Mai 1985 die Unfähigkeit des Kanzlers und seiner Regierung deutlich würde, diesen Tag angemessen zu begehen.

(-/4.3.1985/va/ks)

+ + +



Langsam wird das volle Ausmaß der Beschäftigungskatastrophe sichtbar!

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Monats Februar 1985

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Allmählich wird das ganze Ausmaß der von dieser Bundesregierung verschuldeten Beschäftigungskatastrophe (von einer "Krise" kann man bei den gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen wohl kaum noch reden) sichtbar: vor knapp vier Wochen bereits geriet die Veröffentlichung der Januar-Arbeitsmarktstatistik zu einem "schwarzen Montag" für unser Land, die heute bekanntgegebenen Februar-Zahlen bestätigen das düstere Bild in erschreckender Weise.

Noch nie gab es in einem Februar im Nachkriegsdeutschland mit 2.611.270 Menschen so viele Arbeitslose wie zur Zeit, die Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent ist gar die zweithöchste (nach der des Januar 1985), die jemals berechnet werden mußte.

Diese Regierung ist auf dem besten Wege, sämtliche (Negativ-)Rekorde auf dem Arbeitsmarkt durch ihre Untätigkeit und Unfähigkeit zu brechen.

Und noch immer sucht sie den Schuldigen im Wetter.

Im Februar 1983 zählten die Arbeitsämter 2.535.836 Arbeitslose - schuld war ein "ungewöhnlicher Witterungsverlauf mit mildem Wetter im Januar und Schnee und Frost im Februar". Im Februar 1984 verursachte ein "später Winter" und die damit verbundene "Witterungsbeeinträchtigung" die damalige Rekordzahl von 2.536.593 arbeitslos registrierten Bundesbürgern.

Und auch am heutigen Tag fällt der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit beziehungsweise deren Präsidenten Franke nichts anderes ein, als wieder einmal dem Wetter den schwarzen Peter anheften zu wollen: der "Einfluß des Winterwetters" war es!

Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl zeigte im Februar 1985 gegenüber dem Monat Januar keine nennenswerte Veränderung, die nichtsaisonbereinigte ging lediglich um 8.100 zurück und überschritt den Vorjahresstand damit um 74.700 oder drei Prozent.

Es ist für die kommenden Monate damit zu rechnen, daß dieser hohe Sockel an Arbeitslosigkeit noch eine Reihe von Monaten erhalten bleiben wird. Das Jahr 1985 verspricht also nichts Gutes.

Der Zugang an Arbeitslosen betrug im Februar 1985 281.300, er bewegte sich damit unverändert auf hohem Niveau. Die Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit beliefen sich auf 289.400 Arbeitnehmer.

Der Neuzugang an offenen Stellen lag bei 113.800 und blieb auf dem vor einigen Monaten bereits erreichten Niveau.

132.400 Menschen konnten in Arbeit vermittelt werden von den Arbeitsämtern, darunter 80.600 in Beschäftigungsverhältnisse von über sieben Tagen Dauer und 51.900 in kurzfristige Arbeitsverhältnisse.



101.100 offene Stellen waren gemeldet, 27 Prozent mehr gegenüber dem Bestand an Stellenangeboten von 1984.

Betrachtet man die einzelnen Wirtschaftszweige wird die katastrophale Situation des Baugewerbes als erstes deutlich. Dort wurden besonders viele neue Arbeitslose registriert, der Zugang lag mit 108.400 um 52.100 oder 41 Prozent über dem das Vorjahres. Die Bundesanstalt für Arbeit teilt dazu ergänzend mit, daß es sich hierbei um jeden neunten Arbeitnehmer (bei einem Gesamtbeschäftigungsstand von 1,6 Millionen) im Bauhaupt- und Baunebengewerbe handelt.

Doch auch die Zahlen aus der Land- und Forstwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, der Holzindustrie, des Transportwesens und anderen Wirtschaftszweigen können angesichts der Gesamttendenz keinerlei Freude und Zuversicht aufkommen lassen.

Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich von Januar auf Februar um 34.000 oder sieben Prozent auf nunmehr 432.300, obwohl die Kurzarbeiterzahl in der Bauwirtschaft um 14.000 auf 197.600 zunahm. Dies ist die höchste Zahl, die bisher in diesem Wirtschaftszweig gezählt wurde.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren lag Ende Februar bei 168.200, die der arbeitslosen Ausländer bei 278.000, die der 59jährigen und älteren Arbeitnehmer bei 109.900, während 142.300 schwerbehinderte Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet waren.

Bei all diesen Zahlen kommt unwillkürlich und Monat für Monat die immer gleiche Frage auf: wann will die Bundesregierung endlich tätig werden?

Sie hat von der SPD-Opposition in der Zwischenzeit bereits bei hunderten von Gelegenheiten Wege aus der Beschäftigungskatastrophe gewiesen bekommen. Sie hat sie bislang ignoriert und in ihrer ideologischen Verklemmtheit auf die angeblichen "Selbstheilungskräfte des Marktes" gesetzt.

Die aber taugen allein aufgrund ihrer von denselben Politikern Monat für Monat ins Feld geführten Winter-, Kälte- und Witterungsempfindlichkeit offensichtlich überhaupt nichts.

Abwarten und Aussitzen hilft den Arbeitslosen nicht. Sie führen nur dazu, daß immer mehr Menschen die Folgen dieser Untätigkeit auf den Fluren der Arbeitsämter "aussitzen" müssen. Die von unserem Kanzler versprochene "Politik mit menschlichem Gesicht" sieht anders aus. (-/4.3.1985/va/ks)

+ + +



UN-Konferenz über offene Register in Genf

Die Bundesregierung stellt sich gegen nationale Interessen

Von Ludwig Ketting MdB

Die Konferenz hatte von der UN-Vollversammlung den Auftrag erhalten, weltweit gültige Bedingungen für die Registrierung von Seeschiffen zu erarbeiten.

Obwohl es im administrativen Bereich, das heißt in Seerechtsfragen, bei der Identitätsfeststellung, bei der Verantwortlichkeit des Schiffseigners, bei Meeresverschmutzungen, bei der Schifffahrtsgesetzgebung und bei der Schiffssicherheit Annäherungen gegeben hat, wurde die Konferenz auch nach dieser zweiten Verhandlungsrunde erneut vertagt. Es konnte keine Einigung über die Fragen zur vollen wirtschaftlichen Bindung zwischen Flaggenstaat und dem Schiff erzielt werden. Die Konferenz soll in der dritten Verhandlungsrunde im Juli 1985 mit einem Ergebnis abgeschlossen werden.

Die OECD-Staaten - vor allem die USA, Japan, England und die Bundesrepublik - zogen es vor, sich für die Interessen der ausfliegenden Reeder - und damit für die Billigflaggen einzusetzen - anstatt sich für die Interessen deutscher Seeleute stark zu machen.

Von der Bundesregierung und ihrer Delegation wurde in Genf die Strategie verfolgt, daß von der UN-Konferenz lediglich eine empfehlende und keine bindende Regelung erarbeitet werden soll. Dann soll es den einzelnen Staaten überlassen bleiben, sich für die jeweiligen "Registerbedingungen" zu entscheiden. Dies wird jedoch das Ausflaggen eher fördern als verhindern.

Nur durch eine verbindliche internationale - von allen Staaten ratifizierte - Konvention, lassen sich Voraussetzungen schaffen, die für alle Staaten gleiche Bedingungen für die Schifffahrtsgesetzgebung, Sicherheitsstandards, menschliche Arbeitsbedingungen und so weiter garantieren.

Damit steht das Verhalten der bundesrepublikanischen Delegation im Widerspruch zu der Entschließung des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 1982, dem Trend der Ausflagung entgegenzutreten. Verfolgt die Bundesregierung weiterhin nicht in wirksamer Weise diese Entschließung, wird sie die Existenz der deutschen Handelsflotte ebenso infrage stellen, wie die Arbeitsplätze der deutschen Seeleute.

Es wird in Genf nur dann mit einem Kompromiß zu rechnen sein, wenn der Verhandlungsauftrag der deutschen Delegation dahingehend geändert wird, daß die wirtschaftliche Verbindung zwischen Schiff und Flaggenstaat angestrebt wird.

Das heißt:

- angemessene Vertretung eines haftenden Managements des Schiffahrtsunternehmens im Flaggenstaat
- angemessene Beteiligung von Staatsangehörigen des Flaggenstaates an der Schiffsbesatzung
- angemessene Beteiligung von Staatsangehörigen des Flaggenstaates am Geschäftskapital der Reederei oder am Schiffseigentum.



Die Bundesregierung muß sich von der irrigen Vorstellung befreien, daß der Kampf um Frachtraten zwischen den Entwicklungsländern und den OECD-Staaten geführt wird. Tatsache ist, daß dieser Kampf überwiegend zwischen den Industriestaaten stattfindet, da über 94 Prozent der ausgeflaggten Schiffe in deren Besitz sind.

Die zu erwartende Überkapazität bei der Containerschifffahrt von 40 bis 50 Prozent macht eine schnelle Einigung nötig, denn sonst wird es im Rahmen des sich abzeichnenden Verdrängungswettbewerbs weitere Ausflaggungen geben.

Die Entwicklungsländer sind an einem internationalen Ordnungsrahmen besonders interessiert, weil sie nur auf diese Weise die Möglichkeit haben, eine eigene Flotte zu betreiben. Die Aufgabe ihrer Forderung nach Schließung der Register zu Gunsten der Umwandlung in normale Register macht dies deutlich.

Die Entwicklungsländer sind unsere Partner und Märkte von morgen. Die Bundesregierung sollte wie Frankreich und Australien diese Fakten berücksichtigen und einen Kompromiß in der "wirtschaftlichen Bindung" zwischen Schiff und Flaggenstaat im Rahmen der EG-Staaten suchen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn sie ihre sture Ablehnung in Genf aufgibt.

Ich unterstreiche, daß eine internationale Regelung von größter Bedeutung auch für unsere Küstenregion ist. Handelsflotte, Häfen und Werften bilden eine Wirtschaftseinheit, die zerbräche, wenn die Handelsflotte an Bedeutung verlöre.

Damit die Bundesregierung ihre Verhandlungsposition ändert und die Entschließung des Deutschen Bundestages durchsetzt, wird es notwendig sein, daß

- die Gewerkschaften mit uns gemeinsam auf nationaler und internationaler Ebene, und hier insbesondere innerhalb der EG, die öffentliche Diskussion über diese Problematik verstärkt führen (zum Beispiel ÖTV-Kampagne "SOS rettet die Seeschifffahrt").
- Wir mit den Gewerkschaften und den Reedern uns darauf verständigen, daß der Subventionswettlauf und das Ausflaggen langfristig keine Antwort auf den Verdrängungswettbewerb sind und nur ordnungspolitische Maßnahmen, wie eine für alle gültige Registerkonvention der UN gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellt.
- Die SPD und deren Bundestagsfraktion diese Problematik und das Verhalten der Bundesregierung in Genf in der Öffentlichkeit zunehmend kritisiert.
- Die SPD-Bundestagsfraktion im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde in Genf eine erneute Debatte über Billigflaggen im Plenum führt.
- Die sozialistische Fraktion des EG-Parlamentes eine abgestimmte Haltung der EGländer (siehe Position Frankreichs) sicherstellt.

Es darf nicht wieder zugelassen werden, daß die Bundesregierung die existentiellen Interessen der Küste wie bei der UN-Seerechtskonferenz den kurzfristigen Interessen der Industrie opfert.

(-/4.3.1985/va/ks)

+ + +



## Die Metropole als Zukunftswerkstatt oder als statuarisches Monument? (Teil II)

Berlin rüstet sich auf seinen 750. Geburtstag, aber was gibt es eigentlich zu feiern?

Von Dr. Anke Martiny MdB

Noch mal nachgehört bei der Frage, warum der Geburtstag eigentlich gefeiert werden muß, bleibt die CDU die Antwort schuldig: Wenn nun mal Geburtstag ist, muß auch gefeiert werden, "in Frieden und Fröhlichkeit" wie Eberhard Diepgen sich bei passender Gelegenheit ausdrückte. Reicht das wirklich?

Eigentümlicherweise fehlt in der Rückbesinnung jeder Hinweis auf das Jahr 1937, als nämlich die Nationalsozialisten den 700. Geburtstag der Stadt dazu benutzten, die "Eroberung" der Stadt durch die Nationalsozialisten propagandistisch auszuschlachten: Gauleiter Goebbels in seiner Festrede: "Es ist uns gelungen, in knapp zehn Jahren aus dieser nach Moskau einst rötesten Stadt der Welt wieder eine 'wahrhaft deutsche Stadt' zu machen ..."

Dabei wäre eine Abgrenzung zur damaligen Festgestalt sicher nicht überflüssig, denn mitreißend war die damalige Szenerie offenbar schon, und wenn nun erneut die Straße vom Brandenburger Tor her beansprucht werden soll, darf man sich gegenüber 1937 keinen Mißverständnissen aussetzen. Blasmusik könnte schon ein falscher Akzent sein.

Bis zum heutigen Tag sind erhebliche Planungsdefizite durch die CDU zu beklagen. Immer noch steht ein alle Veranstaltungen einendes Motto aus; der "Mythos Berlin"-Gruppe war eines eingefallen, nach Heinrich Mann: "Menschenwerkstatt Berlin" hatten diese Intellektuellen formuliert, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Entstehung und Zukunft des modernen Berlin und des Großstadtmenschen der doch ein besonderer Typus ist (man braucht bloß an Woody Allens "Stadtneurotiker" zu denken), in den Mittelpunkt der Geburtstagsfeier gerückt werden muß. Berlin als weltoffene Metropole, als ein republikanisches Zentrum, in dem der Reichstag, der entgegen dem Willen Bismarcks außerhalb des damaligen "Machtzentrums" gebaut wurde, einen zentralen Platz einnimmt. Auf dieser historischen Leistung des Berliner Westens sollte der Akzent liegen. Aber die CDU ist diesem Vorschlag bis jetzt nicht eindeutig gefolgt, verharret in mißdeutbaren ideologischen Bekenntnissen.

Auch die zentrale Ausstellung im Gropiusbau ist hinsichtlich ihrer Thematik und ihres Gesamtrahmens bisher nur in äußerst vagen Umrissen erkennbar. Immerhin ist aber nun endlich eine Planungsgruppe berufen, auf deren im Detail ausformulierte Konzeption man gespannt sein kann. Ob in dieser Ausstellungskonzeption der Reichstag, die liberalen Medien der Berliner Glanzjahre um 1920, die Galerien, Künstler- und Literatencafés, die Hochschulen als geistige Zentren, die Assimilationsfähigkeit der Metropole für Minoritäten und spezifische Gruppen, die Wirtschaftsemigranten, der Berliner Salon der großbürgerlichen Frauen, die Juden, die Türken heute, jenen Stellenwert bekommen, der ihnen zusteht und den sie benötigen, ist aber noch nicht klar.

Eine besondere Lücke hat die Konzeption des amtierenden CDU-Senates dort, wo es um den Stellenwert bezirklicher Aktivitäten im Zusammenhang mit dem gesamten Jubiläum geht. Unbestreitbar hat der Wedding hier andere Aufgaben als Charlottenburg oder Wilmersdorf, und Spandau steht wiederum anders da. Was wir zur Zeit erleben, ist ein beklagenswerter Verschiebebahnhof von Kompetenzen und Geldforderungen; Projekte wurden entwickelt und eingereicht, niemand gewichtet sie jetzt und gliedert sie in ein schlüssiges Konzept ein. Besonders traurig ist dies für Projekte, die längerer Forschung und Vorbereitung bedürfen. Sie können kaum mehr gelingen. Aus Schlamperei des Senats ist Oberflächlichkeit vorprogrammiert.



Auch vor ausgesprochenen ideologischen Blindgängern war der Berliner Senat bisher bei der Ausgestaltung der 750-Jahrfeier nicht gefeit. So legt er das Schwergewicht nach wie vor auf Repräsentationsarchitektur und vernachlässigt spürbar die weit tragfähigere Zukunftsperspektive der Stadt: die "Stadtreparatur", wie sie im Zusammenhang mit der internationalen Bauausstellung konzipiert worden war. Allerdings rückt von der Planung des "Kulturforums" nämlich dem ehemaligen Kemperplatz, begrenzt durch kolossale Museumsbauten, durch eine klassizistische Kirche, durch die Nationalgalerie Mies van der Rohe und die Philharmonie Scharoun - auf Druck der SPD und der Öffentlichkeit inzwischen sogar die CDU im Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses ab. Schlicht abenteuerlich für das Demokratieverständnis im Jahre 1985 erscheint der Tatbestand, daß der zuständige Bausenator bereits über die Pflastersteine dieses Platzes öffentlich nachdenkt, obgleich noch nicht einmal die planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind! Von den inhaltlichen Funktionen eines Platzes, die man vielleicht auch einmal bedenken sollte, ganz zu schweigen.

Die schlimmste Verirrung leisten sich die politisch Verantwortlichen allerdings mit ihrem Plan, ein Geschichtsmuseum zu errichten. Ursprünglich hatte die CDU der Vorstellung angehangen, ein solches Museum im Gropiusbau zu errichten, das heißt diese einmaligen Ausstellungsräume in einem Haus, das unmittelbar an die Mauer angrenzt, der Öffentlichkeit quasi dadurch zu entziehen, daß hier die Geschichte der "ehemaligen Reichshauptstadt" bis 1945 museal eingefangen wird. Unabhängig von der Frage nach den schwer aufzutreibenden Ausstellungsstücken und der noch schwieriger zu findenden zündenden museumsdidaktischen Idee stellt sich die Frage, wer denn außer den dazu zwangsverpflichteten bundesdeutschen Schulklassen ein solches Museum je aufgesucht hätte? Die Konzeption eines solchen Museums bedarf dringend der öffentlichen Diskussion.

Hinzu kommt an diesem heiklen Standort, daß das Gelände der ehemaligen Gestapo-Zentrale - das Prinz-Albrecht-Palais - angrenzt. Hier herrscht immer noch öde Wüstenei, nachdem die ausgebrannten Gemäuer abgetragen wurden. Ein international ausgeschriebener Wettbewerb zur Gestaltung einer Gedenkstätte erbrachte ein äußerst akzeptables Ergebnis, nur will die CDU den 1. Preis nicht realisieren. Soll das ominöse Geschichtsmuseum nun vielleicht an diese Stelle? Bundeskanzler Kohl erklärte in einem Interview kürzlich, daß die Bundesrepublik der Stadt Berlin zu ihrem Geburtstag ein Geschichtsmuseum schenken wolle, das etwas Einmaliges darstellen solle mit einer "nationalen Dimension". Soll mit solcher nationalen Dimension dann Geschichte im allgemeinen beschworen, die Geschichte des faschistischen Deutschland aber verdrängt werden?

"Ein edles Verlangen muß in uns entglühen, zu dem reichen Vermächtnis von Wahrheit, Sittlichkeit und Freiheit, das wir von der Vorwelt übernommen und reich vermehrt an die Folgewelt wieder abgeben müssen, auch aus unsern Mitteln einen Beitrag zu legen, und an dieser unvergänglichen Kette, die durch alle Menschengeschlechter sich windet, unser fliehendes Dasein zu befestigen. Wie verschieden auch die Bestimmung sei, die in der bürgerlichen Gesellschaft Sie erwartet - etwas dazu steuern können Sie alle!", so lauten einige Schlußsätze aus Friedrich Schillers Jenaer Antrittsvorlesung. Ob dies die Botschaft des Jahres 1987 für die Berliner sein soll? "Niedriger hängen", hätte der große Friedrich gesagt: "Es geht darum, auch die Botschaft der Zerstörung anzunehmen. Es ist eine Botschaft, die verweist auf die Schwächen der scheinbaren Stärken und damit vielleicht auch auf die Stärke, die in der Schwäche liegen kann", so beschreibt die "Historische Topographie" den utopischen Ort Berlin im Rahmen der "Zukunft der Metropolen". Auf diese "Stärke, die in der Schwäche liegen kann" sollten wir bauen!

(-/4.3.1985/va/ks)

+ + +

